



Inhalt

1.	EU Präsidentschaft.....	2
2.	Das Zypernproblem	3
3.	Erdgas- und Erdölvorkommen	4
4.	Griechische Zyprioten.....	6
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	6
	Innenpolitische Entwicklungen	8
5.	Türkische Zyprioten	10
	Wirtschaftliche Entwicklungen.....	10
	Innenpolitische Entwicklungen	11
6.	FES Zypern Veranstaltungen.....	12

1. EU Präsidentschaft

Im September fanden im Rahmen der Ratspräsidentschaft Zyperns eine Reihe formeller und informeller Treffen statt. Besonders wichtig waren das Treffen der Finanzminister des Euroraums (Eurogruppe) und die informelle Tagung des Rates für Wirtschafts- und Finanzfragen (ECOFIN) am 14. und 15. September.

Die beiden Treffen fanden vor dem Hintergrund der Verabschiedung des Aufkaufprogramms (Outright Monetary Transaction, OMT) der EZB, statt, das ihr erlaubt, Staatsanleihen in unbegrenzter Menge aufzukaufen, um somit den erhöhten Zinsdruck, der auf den Schuldenländern lastet, zu mildern. Gleichzeitig erklärte das Deutsche Verfassungsgericht in Karlsruhe, dass der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) verfassungskonform ist. Zu den Treffen kamen auch die IWF-Chefin Christine Lagarde und der EZB-Präsident Mario Draghi. Das Eurogruppen-Treffen unter der Leitung von Jean Paul Juncker konzentrierte sich auf die wirtschaftliche Lage jener Euro-Länder, die entweder bereits finanzielle von der EU erhalten oder sich darum bemühen, d.h. Griechenland, Irland, Portugal, Spanien und Zypern.

Die Entwicklungen im Bankensektor bildeten den Schwerpunkt einer informellen ECOFIN Tagung unter dem Vorsitz des amtierenden Ratspräsidenten, des zyprischen Finanzministers Vassos Shiarly. An erster Stelle stand die Reform des EU Finanzsystems mit dem Schwerpunkt auf der Schaffung einer Bankenunion unter einem einheitlichen Kontrollmechanis-

mus. Die Minister tauschten sich auch über die Reduzierung der Vertretung von wirtschaftlich fortgeschrittenen EU Staaten im Exekutivgremium des IWF aus. Der Start eines effektiven Europäischen Kontrollsystems wurde als Voraussetzung dafür angesehen, um die am 29. Juni getroffene Vereinbarung der Euro-Länder umzusetzen, die eine direkte Rekapitalisierung von zahlungsunfähigen Banken durch den Europäischen Stabilitätsmechanismus vorsieht.

Ein weiteres wichtiges Treffen fand in Brüssel statt, bei dem die Präsidenten der Europäischen Kommission - Jose Manuel Barroso, des Europäischen Parlaments - Martin Schulz, des Europarats – Herman von Rompuy, und Zyperns Präsident Demetris Christofias Gespräche den Mehrjährigen Finanzrahmen (Multiannual Financial Framework, MFF) 2014–2020 betreffend hielten. In einer gemeinsamen Erklärung betonten die vier Präsidenten die Notwendigkeit, dass mit Hilfe des nächsten Budgets die Hauptziele der EU, die vor allem auf den Ausbau von Arbeitsstellen und Wachstum setzen, vorangetrieben werden sollen. Es wird erwartet, dass der mehrjährige Finanzrahmen dazu beitragen wird, die wirtschaftliche Krise zu lösen.

Die 'Verhandlungsbox', die die Hauptbestandteile und den Handlungsspielraum des MFF formuliert, stand im Zentrum während eines Treffens des Rats für Allgemeine Angelegenheiten, das im Brüssel am 24. September stattfand. Die EU Minister für Europäische Angelegenheiten betonten ihre Bereitschaft, die überarbeitete 'Verhandlungsbox' als eine Grundlage in den Verhandlungen für den MFF bis zum Jahresende zu nutzen. Dieser Punkt

steht für die Ratspräsidentschaft Zyperns und die anderen EU Institution ganz oben auf der Liste der Prioritäten.

Die EU Außenminister bestätigten auf einem informellen Treffen am 8. September in Paphos ('Gymnich') noch einmal ihre Unterstützung für den gemeinsamen Sondervertreter der UN und der Arabischen Liga, Lakhdar Brahimi. Den Vorsitz auf diesem gemeinsamen Treffen mit der zyprischen Außenministerin Erato Kozakou-Marcoullis hatte die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik (HR) Catherine Ashton.

2. Das Zypernproblem

Seit Beginn der zypriotischen Ratspräsidentschaft am 1. Juli wurden die auf höchster Ebene stattfindenden Gespräche zwischen den Vertretern der Griechischen und türkischen Zyprioten mit der Zustimmung des UN Sicherheitsrates ausgesetzt.

Statt des Zypernproblems scheinen derzeit für die Regierung die kränkelnde Wirtschaft und die Gespräche mit den Vertretern der Troika über den Rahmen der Rettungsmaßnahmen im Mittelpunkt zu stehen. Die Teilung der Insel dominiert jedoch immer noch die politische Debatte zwischen der Regierung und den Präsidentschaftskandidaten im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Jahr.

Anfang September kritisiert Oppositionsführer und DISY Präsidentschaftskandidat Nicos Anastasiades die Regierung Chistofias und

sagte, dass die "Unnachgiebigkeit der Türkei" nicht als Entschuldigung von Seiten der Regierung oder anderer politischer Parteien dafür dienen dürfe, dass man sich nach 38 Jahren Verhandlungen immer noch in einer Sackgasse befände. „Ohne Frage liegt die Schuld daran, dass keine Lösung erreicht wurde, bei der unnachgiebigen Haltung der Türkei. Was haben wir jedoch unsererseits dagegen unternommen?“, fragte Anastasiades.

Zwischenzeitlich zitierte eine türkische Tageszeitung ein Mitglied des Europäischen Parlaments mit dem Hinweis, dass Anastasiades eine lose Föderation befürworte und ein Treffen mit der Türkei, Griechenland, der EU und der UN einberufen wolle, um die Bedingungen für eine Lösung festzulegen. Diese Aussage verstärkte die verbalen Scharmützel zwischen Regierung und Opposition, da DISY und DIKO einige Tage zuvor eine Vereinbarung in Bezug auf die Zypernfrage getroffen hatten. Dies beinhaltet die Rücknahme von Vorschlägen, die von der gegenwärtigen Regierung gemacht wurden sowie die Ablehnung einer Lösung auf der Basis des Annan Plans von 2004. Die politische Zusammenarbeit beider Parteien wurde am 28. September besiegelt, als sich der DIKO Parteivorstand mit überwiegender Mehrheit für eine Unterstützung Anastasiades` aussprach. Diese Entscheidung wurde vom DIKO-Vorsitzenden Marios Garoyian als 'historisch' bezeichnet. Präsident Christofias nahm zu der Anschuldigung, in der Zypernfrage nicht weiter gekommen zu sein, während eines Treffens mit einer Delegation des EU Gerichtshofes Stellung und sagte seinerseits, dass der gegenwärtige Stillstand deshalb bestehe, weil sowohl die Türkei

wie auch die Vertreter der türkischen Zyprioten auf einer Zweistaatenlösung bestünden.

Der UN Sonderbeauftragte Alexander Downer ist der Meinung, dass eine multilaterale Konferenz zur Lösung der Zypernfrage unter den gegenwärtigen Umständen nicht realisierbar sei. Downer wies nach separaten Treffen mit dem Vertreter der türkischen Zyprioten Dervis Eroglu und Präsident Christofias am 20. September darauf hin, dass es einen Konsens hinsichtlich einer multinationalen Konferenz gebe, die UN jedoch nicht dazu bereit sei, irgendeine der Parteien zu einer Teilnahme zu zwingen.

Der Sonderbeauftragte betonte auch, dass die UN dazu bereit sei, ein erneutes Treffen zwischen den Vertretern der beiden Bevölkerungsgruppen zu ermöglichen, wenn diese es wünschten. Er fügte hinzu, dass sich die UN momentan darauf konzentriere, die technischen Komitees produktiver zu gestalten. Des Weiteren erklärte Downer seine Absicht mit dem neuen Präsidenten zu kooperieren. Downer gab zu verstehen, dass es während des Wahlkampfes wohl keine Schritte in Richtung Lösung geben werde. Präsident Christofias sagte während seiner Rede in der UN Vollversammlung in New York, dass die UN ein beiden Seiten zugängliches Dokument vorbereiten werde, das sowohl die strittigen Punkte aber auch die erreichten Übereinstimmungen in den Verhandlungen aufführe. Mit diesem Vorschlag signalisiert die UN, dass sie auf dem in den vorhergehenden Gesprächen Erreichten aufbauen möchte, auch wenn Anastasiades beteuert, einige der erreichten Kompromisse zurückzunehmen.

In einem Versuch, die Verhandlungen wiederzubeleben, beabsichtigt der Vertreter der türkischen Zyprioten Dervis Eroglu dem UN General Sekretär Ban Ki-moon einen neuen Plan zu unterbreiten, demzufolge die Gewinne aus der Gasförderung, dazu genutzt werden sollten, eine mögliche Wiedervereinigung zu finanzieren.

3. Erdgas- und Erdölvorkommen

Bis Zypern in der Lage ist, sein eigenes Gas innerhalb seiner Exklusiven Wirtschaftszone zu fördern, soll es als eine Alternativlösung Gas aus Israel beziehen.

Nach dem Besuch einer zyprischen Delegation in Tel Aviv, sagte der Leiter der Energieabteilung des Wirtschaftsministeriums, Solon Kassinis, dass Israel bereit sei, Zypern eine kleine Menge an Gas zur Stromproduktion bis zum Jahr 2015 zu liefern. Dies soll in Form von komprimiertem Gas (CMP) oder, was wahrscheinlicher ist, Flüssiggas (LNG) geschehen. Flüssiggas hat den Vorteil, dass es kostensparender über lange Entfernungen transportiert werden kann, es muss aber eine Rückvergasungsanlage in Zypern bereit stehen. Zypern wird frühestens 2017 oder 2018 über solch eine Anlage verfügen.

Wenn ein solches Geschäft zustande käme, würde das Gas von der zyprischen Elektrizitätsgesellschaft EAC auf Tankern nach Zypern gebracht werden. Das Land braucht nur eine relative kleine Menge an Gas (zwischen 0,5 - 0,7 Millionen Kubikmeter), um ca. 450 MW Strom

im Kraftwerk Vassilikos zu produzieren, das über entsprechende Turbinen verfügt.

Es scheint jedoch, dass die Gespräche mit Israel, was den Kauf von Gas anbelangt, langsamer vorankommen, als die Zyprioten möchten. Deshalb haben die Zyprische Elektrizitätsgesellschaft (EAC) und die Nationale Gasgesellschaft (DEFA) am 28. September beschlossen, Angebote für die kurzfristige Lieferung von Gas von einer Menge von maximal 1.2 Millionen Kubikmetern jährlich einzuholen. Dies ist eine Zwischenlösung, bis Zypern selber in der Lage ist, eigenes Gas zur Stromproduktion an Land zu bringen. Das Land ist zur Energiedeckung im Moment noch von der Einfuhr von teurem Schweröl abhängig. Die Frist zur Einreichung von Angeboten läuft am 29. Oktober ab. Die Verhandlungen mit dem zukünftigen Zulieferer sollen in dreizehn Wochen beendet sein. Die Aufnahme der Gasproduktion soll noch vor Ende 2015 stattfinden.

Wirtschaftsminister Neoclis Sylikiotis traf vor kurzem Vertreter des israelischen Energieunternehmens Delek, das beabsichtigt sich mit 30% an den Förderrechten im Block 12 der amerikanischen Gesellschaft Noble Energy zu beteiligen. Zusammen mit Noble Energy hält Delek einen Großteil der Förderrechte in Israels Blöcken, in denen riesige Gasvorkommen gefunden wurden. Noble Energy und Delek planen ebenfalls eine Verflüssigungsanlage auf Zypern, um das Gas aus Israels `Leviathan` Feld und aus Block 12 in Zyperns Exklusiver Wirtschaftszone zu exportieren.

Sollte Zypern der Beteiligung von Delek in Block 12 zustimmen, so wäre dies eine wichtige Zusammenarbeit zwischen Zypern und Israel in der Gasförderung im östlichen Mittelmeer. Sylikiotis betonte auch, das 2013 die Verhandlungen in der zweiten Runde der Lizenzvergabe abgeschlossen sein werden. Zudem ist ein Treffen zwischen Griechenland, Zypern und Israel geplant mit dem Ziel, gemeinsame Arbeitsgruppen zu bilden, die die Schaffung einer gemeinsamen Infrastruktur im Energiebereich zum Ziel haben sollen.

Es wird erwartet, dass Noble Energy mit dem zweiten Bohrvorgang nächstes Jahr beginnen wird. Mittlerweile will das Unternehmen in der zweiten Hälfte 2013 mit der Schaffung einer Infrastruktur zur Gasförderung sowie dem Verlegen von Pipelines und dem Bau eines Verflüssigungsterminals in Zusammenarbeit mit dem zyprischen Staat beginnen.

Erzbischof Chrysotomos kündigte vor kurzem an, Hypotheken auf den Kirchenbesitz aufzunehmen, um sich bei allen Aspekten der Gasförderung zu beteiligen, d.h. auch bei Bohrungen und Verflüssigung. Zu diesem Zweck versucht die Kirche, Anteile an einer Firma zu erwerben, die sich um Förderrechte in Zyperns Exklusiver Wirtschaftszone bewirbt. Eine zweite Runde zur Lizenzvergabe für Probeförderungen, bei denen sich fünfzehn Firmen und Joint Ventures beworben haben, wurde im Mai dieses Jahres abgeschlossen. Die Anträge werden zurzeit von der Regierung geprüft.

Als Reaktion auf die ersten Lizenzvergaben zu Probebohrungen durch die Republik Zypern

begann die Türkei ihrerseits mit Bohrungen nach Gas und Öl auf Zypern in Singrasi, einem Dorf nahe Famagusta. Zum jetzigen Zeitpunkt liegt die Bohrtiefe bei 4 km, es wurden jedoch bislang keine Funde gemacht. Der türkische Energieminister Taner Yildiz kündigte an, dass zusätzliche Bohrungen sowohl im Norden Zyperns als auch auf See durchgeführt werden sollen. Zudem plant die Turkish Petroleum Corporation (TRAO) innerhalb der nächsten 6 Monate Bohrungen im östlichen Mittelmeer. Die Türkei fordert, dass Zypern die Gasförderung stoppt angesichts der Tatsache, dass die Gespräche um eine Vereinigung Zyperns nicht vorankommen. Des Weiteren wolle die Türkei Maßnahmen ergreifen, um die Interessen der Türkei und der türkischen Zyprioten zu schützen.

4. Griechische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Nur Stunden nach dem Treffen von Präsident Christofias mit der IWF-Chefin Christine Lagarde und noch während die EU Finanzminister zusammen saßen, um sich über die Wirtschaftskrise im Rahmen des Eurogruppen Treffens und des ECOFIN auszutauschen, wurden neue Einzelheiten aus einem 20seitigen Entwurf der Troika bekannt, der die möglichen Sparmaßnahmen für Zypern beinhaltet.

Die Informationen wurden an die Medien weitergegeben, während sich die Regierung zunehmender Kritik stellen muss, dass sie den Antrag zur Finanzhilfe hinauszögere mit der

Hoffnung auf einen russischen Kredit, um den mit den Sparmaßnahmen verbundenen Aufschrei in der Bevölkerung abzdämpfen.

Der Entwurf der Troika vom 12. September sieht folgende Maßnahmen vor:

- Eine Rentenreform, die das Rentenniveau der Beamten in eine Linie mit denen des privaten Sektors bringt. Außerdem sollen jene Renten gekürzt werden, die oberhalb des Landesdurchschnitts liegen.
- Die Banken betreffend sollen alle Finanzinstitutionen unter eine gemeinsame Aufsichtsbehörde kommen, die gemeinverbindliche Regeln aufstellt. Momentan sind die Kooperativen unter der Aufsicht des Wirtschaftsministers und nicht unter der Zentralbank.
- Die Wirtschaftlichkeit der Sozialversicherung soll geprüft werden, mit dem Ziel das Rentenalter zu erhöhen im Zusammenhang mit der gestiegenen Lebenserwartung. Außerdem sollen sich Beamte an der Sozialversicherung beteiligen.
- Eine gesetzliche Festlegung eines ausgeglichenen Haushaltes; die Schaffung einer unabhängigen Behörde zur Kontrolle der öffentlichen Schulden; die vollständige Privatisierung einiger halbstaatlicher Unternehmen wie Cyprus Airways und teilweise Privatisierung anderer Unternehmen wie Cyprus Telecommunications Authority (CYTA).
- Die Abschaffung einer Lohnindexierung im privaten und öffentlichen Sektor; eine Änderung in der Berechnung des Mindestlohns und das Öffnen der sogenannten 'geschlos-

senen' Berufe wie Rechtsanwälte, Ingenieure oder Architekten und Immobilienmakler.

- Eine 15%ige Kürzung bei den öffentlichen Stellen.
- Die Abschaffung des dreizehnten Gehalts im öffentlichen Bereich.
- Kürzungen bei den zusätzlichen -13.- Renten um 50% bei den Renten zwischen 1.000 und 1.500 Euro, und bei jenen Renten über 1.500 Euro 75%.
- Die Ausdehnung der Einfrierung der Gehälter bis Ende 2015.
- Erhöhung der Steuern auf Tabak, Zigaretten, Alkohol und Treibstoffe.
- Reduzierung aller zusätzlichen Zahlungen wie Oster- oder Weihnachtsgeld.

Zwischenzeitlich dienten die Aussagen des Eurogruppen Präsidenten Jean-Claude Juncker dazu, die gesamten Prozess voranzutreiben, indem der Finanzminister das Troika Team in Brüssel unverzüglich kontaktierte, um einen Termin für den nächsten Besuch festzulegen. Gleichzeitig bereitet die Regierung Gegenvorschläge vor. Juncker lud die Regierung Zyperns dazu ein, ihre Absichten darzulegen, mit dem Ziel die Verhandlungen um eine Finanzhilfe voranzubringen.

Die Regierung bereitet mittlerweile zusammen mit allen politischen Parteien und sozialen Partnern Gegenvorschläge vor. Die vorgeschlagenen Maßnahmen würden den öffentlichen Sektor auf Zypern tief treffen und die Regierung hat es bisher vermieden, Kürzungen im öffentlichen Dienst vorzunehmen, vor allem im Hinblick auf die Wahlen im nächsten Februar. Die Regierung hat folgende Vorschläge:

- Die Suche nach einer Alternative zur Gewinnung von Kapital, um die Kürzungen des 13. Gehaltes zumindest für Niedrigeinkommen zu vermeiden.
- Eine Reform der Gehaltsindexierung statt einer Abschaffung.
- Die Regierung ist gegen eine Privatisierung gewinnbringender halbstaatlicher Unternehmen wie CYTA.
- Eine dreijährige Phase der Anpassung, um die Auswirkungen der Maßnahmen abzuschwächen.
- Eine Gehaltskürzung zwischen einem und drei Prozent, und gestaffelte Gehaltskürzungen von hohen Einkommen.
- Eine Staffelung bei den Pensionskürzungen über 1.000 Euro und bei der Erhöhung der Arbeitszeiten im öffentlichen Dienst.

Fast zwei Wochen nachdem Eurogruppen Präsident Jean-Claude Juncker Zypern aufgefordert hatte, die Verhandlungen mit der Troika zu beschleunigen, sind nach Angaben des Sprechers der Europäischen Kommission am 26. September noch immer keine Gegenvorschläge zu den von den internationalen Geldgebern empfohlenen Sparmaßnahmen eingetroffen. In diesem Zusammenhang kündigte am 28. September der russische Finanzminister Anton Siluanov nach einem Treffen mit Juncker an, dass Russland eine Anfrage Zyperns über 5 Millionen Euro als Teil eines mit der EU koordinierten Rettungsplans prüft. Siluanov zufolge benötigt Zypern 15 Millionen Euro von der EU. Die Aussagen des russischen Finanzministers werden als Versuch gewertet, Zypern davon abzuhalten, Moskau gegen Brüssel

auszuspielen, um günstigere Bedingungen herauszuschlagen. Zypern ist als Steuerparadies für Russische Geschäftsleute bekannt. Die zypri-sche Regierung hat Siluanovs Äußerungen bislang nicht kommentiert.

In der Zwischenzeit wurde ein Haushaltsentwurf für 2013 bei einer Kabinettsitzung vorgelegt, der eine Reduzierung von 1.000 Stellen im öffentlichen Dienst vorsieht. Es wurde jedoch darauf hingewiesen, dass sich die Anzahl je nachdem wie die Gespräche mit der Troika verlaufen, ändern könnten. Das erklärte Ziel der Troika ist es, das öffentliche Defizit auf 4% des Bruttoinlandsprodukts bis zum Ende des Jahres zu senken, und auf 2,5% bis Ende 2013. Es wird erwartet, dass die Verhandlungen mit den Vertretern der Troika Anfang Oktober beginnen und bis Ende des Monats andauern. EU Beamte schätzen, dass Zypern 10 Milliarden Euro benötigt, mehr als 50% des Bruttoinlandsprodukts, das sich auf ca. 17 Milliarden Euro beläuft.

Innenpolitische Entwicklungen

Gesundheitsminister Stavros Malas kündigte am 8. September seine Kandidatur für die im Februar geplanten Präsidentschaftswahlen an. Malas bewirbt sich als unabhängiger Kandidat, wird aber von der regierenden kommunistischen Partei Zyperns, AKEL, unterstützt. Während eines außerordentlichen Parteitages am 7. September wurde Malas von 92,3% der Delegierten gewählt. Bevor Malas Gesundheitsminister wurde, diente er zwischen 2008 und 2009 als Sonderberater des EU Gesundheitskommissars. Einer Meinungsumfrage des Insti-

tuts Noverna zufolge wird Malas von 17,78% der Wähler unterstützt im Vergleich zu Nicos Anastasiades, der momentan bei 35,02% liegt. Anastasiades ist der gemeinsame Kandidat von DISY und DIKO. Giorgos Lillikas, der von EDEK unterstützt wird, liegt mit 15,81% auf dem dritten Rang. Im Hinblick auf die Finanzkrise folgt Malas der Politik von AKEL. Statt Sparmaßnahmen einzuleiten, schlägt er vor Wissenschaft, Innovation und Bildung zu fördern, um der Finanzkrise zu begegnen. In der Zypernfrage verfolgt er die gleiche Politik wie AKEL, die auf eine bizonale, bikommunale Föderation abzielt.

Der DISY-Vorsitzende Nicos Anastasiades hatte 2004 den Annan Plan unterstützt, was eine politische Allianz mit der DIKO erschwerte, die in dieser Hinsicht eine harte Linie verfolgt und gegen jedwede Lösung ist, die den Annan Plan als Grundlage hat. Auf einem Parteitag der DIKO am 27. September wurde Anastasiades von 80,6% des Zentralkomitees gewählt, nachdem er erklärte, keinen UN Friedensplan zu befürworten, der auf dem Annan Plan von 2004 basiert. Des Weiteren kündigte Anastasiades an, die von Präsident Chrisofias an die türkischen Zyprioten gemachten Konzessionen zurückzunehmen. Dabei handelt es sich vor allem um die Frage der rotierenden Präsidentschaft und der unterschiedlichen Stimmengewichtung beider Volksgruppen bei Wahlen. Die Unterstützung für Anastasiades durch DIKO ist innerhalb der Partei umstritten und wird vor allem von Nicholas Papadopoulos kritisiert, der dafür plädierte Giorgos Lillikas zu unterstützen. Anastasiades wird von AKEL, Regierungsvertretern und auch von Papadopoulos vorgeworfen,

aus politischem Opportunismus eine Kehrtwende vollzogen zu haben.

Vor kurzem wurde die Parteienfinanzierung in Zypern unter die Lupe genommen. Im Zentrum der Debatte steht die von der AKEL kontrollierte Gewerkschaft PEO. Berichten zufolge wurden Darlehen über fast 3 Millionen Euro, die eine PEO gehörende Firma bei der Bank of Cyprus (BoC) hatte, im März dieses Jahres abgeschlossen. Die Bürgen des Darlehens, allesamt hochrangige Mitglieder von AKEL und PEO, waren dabei ebenfalls von ihren Zahlungsverpflichtungen entbunden worden. Dies geschah zu einem Zeitpunkt, als die finanziell angeschlagene BoC versuchte an Finanzmittel für eine Rekapitalisierung zu kommen. Dieser Vorfall führte zu erneuten Forderungen, die darauf abzielen, die Parteienfinanzierung transparenter zu machen, was jedoch von allen politischen Parteien Zyperns derzeit abgelehnt wird.

Im Verfahren um die Explosion auf dem Marinestützpunkt Mari im Juli 2011, in dessen Zusammenhang dreizehn Menschen ums Leben kamen, werden dem Gericht die Beweise vorgelegt. Die Anklage lautet auf Totschlag durch mangelhafte Sicherheitsvorkehrungen sowie Tötung durch grobe Fahrlässigkeit. Die Angeklagten, bei denen es sich um den ehemaligen Verteidigungsminister Costas Papacostas, den ehemaligen stellvertretenden Chef der Nationalgarde Savvas Argyrou, den ehemaligen Chef der Feuerwehr Andreas Nicolaou, den ehemaligen stellvertretenden Chef der Feuerwehr Charalambos Charalambous sowie den ehemaligen Kommandeur der Katastrophenhilfe

(EMAK) Andreas Loizides handelt, plädieren auf unschuldig. Präsident Christofias lehnt jegliche politische Verantwortung ab, obwohl eine von ihm in Auftrag gegebene Untersuchung zum dem Schluss kam, dass dem Präsidenten eine Teilschuld zugeschrieben werden kann.

Während einer Sitzung des parlamentarischen Finanzausschusses am 24. September wurde offengelegt, dass 50 Prozent der arbeitenden Bevölkerung keine Steuernummer haben und somit keine Steuern zahlen. Dies geschieht vor dem Hintergrund verstärkter Vollmachten auf Seiten der Steuerbehörden. Der Grund liegt vor allem darin, dass die Hälfte der Bevölkerung keine Steuererklärung einreicht, da ihr offizielles Einkommen unterhalb des jährlich zu versteuerten Mindestbetrags von 19.000 Euro liegt. Steuerhinterziehung ist auf Zypern sehr verbreitet, da, wie allgemein bekannt, eine große Anzahl Selbständiger keine Quittungen ausstellen. Dies trifft vor allem im Baugewerbe zu, ist aber auch gängige Praxis bei anderen besserverdienenden Berufsgruppen, wie z.B. Ärzten, Rechtsanwälten und Buchhaltern. Zudem versteuern staatlich angestellte Lehrer ihre zusätzlichen Einkommen, die sie durch Nachhilfestunden verdienen, in der Regel nicht.

Während eines Treffens der EU Leiter des Komitees für Justiz und Inneres am 24. September legte Zyperns Innenministerin Eleni Mavrou dar, dass es bis zum jetzigen Zeitpunkt noch keine nennenswerten Fortschritte im Hinblick auf die Schaffung eines europaweiten gemeinsamen Asylsystems gibt. Cecilia Wikstrom (MEP und Mitglied des EU Ausschusses für Bürgerrechte) betonte, dass jenen zehn EU Ländern, die 90%

der Asylbewerber aufnehmen, wenig Solidarität von Seiten der anderen 17 EU Staaten entgegen gebracht werde. Zypern ist besonderen Herausforderungen ausgesetzt, da die Demarkationslinie (Green Line), die den Norden der Insel von der Republik Zypern im Süden trennt, sehr durchlässig ist und einfach überschritten werden kann.

Paphos wurde neben dem dänischen Aarhus für den Wettbewerb zur Kulturhauptstadt 2017 nominiert. Die endgültige Entscheidung wird im Mai 2013 von dem EU Ministerrat getroffen werden.

5. Türkische Zyprioten

Wirtschaftliche Entwicklungen

Im September wurde der türkischen Firma Tasyapi Construction die Vergabe eines Leasingvertrages über 25 Jahre für den Flughafen Ercan (Tymbou) zugesprochen. Das Geschäft bringt für Tasyapi Construction einen Anteil von 47.8% an den Gewinnen. Zudem sind zusätzliche Investitionen im Wert von ca. 350 Millionen Euro geplant, unter anderem für den Bau eines neuen Terminals. Es handelt sich somit um das bis jetzt größte Investitionsvorhaben im Norden. Während die Regierung den Kapitalzufluss begrüßte, kritisierte die Opposition das Vorgehen im Vergabeverfahren und ließ durchblicken, dass die Kriterien entsprechend gedehnt wurden, um Unternehmen zum Zug kommen zu lassen, die nur über wenig Erfahrung verfügten. Außerdem sei der Auswahlprozess oberflächlich gewesen, da er innerhalb nur weniger Stunden

nach der Ausschreibung abgeschlossen worden sei.

Die Vorbereitungen zu einem Wirtschaftsgipfel zwischen der `TRNC` und der Türkei sind in vollem Gange. Wirtschaftsminister Sunat Atun kündigte an, dass Premierminister Irsen Kucuk während des für Anfang Oktober geplanten Gipfels das Wirtschaftsprogramm der `TRNC` für den Zeitraum von 2013 bis 2015 vorlegen möchte.

Die Bemühungen der Regierung, die Wirtschaftsverbindungen mit anderen Staaten vor allem aus der islamischen Welt zu stärken, wurden durch ausführliche Berichterstattung in den Medien sowie den Empfang mehrerer ausländischer Delegationen propagiert. Präsident Eroglu traf sich in New York am Rande der UN Generalversammlung mit dem UN Generalsekretär Ban Ki Moon. Eroglu skizzierte seinen neuen Plan zur Gasförderung und drohte damit, mit Probebohrungen auf See zu beginnen, falls die Republik Zypern die zweite Ausschreibungsrunde für Bohrungen innerhalb ihrer Exklusiven Wirtschaftszone abschließen sollte. Dies könnte zu einem Konflikt im östlichen Mittelmeer führen, da die Vereinbarung zur Begrenzung des Festlandssockels der `TRNC` mit der Türkei von der Republik nicht anerkannt wird und eine Überschneidung mit der Exklusiven Wirtschaftszone der Republik Zypern beinhaltet.

Eroglus Vorschlag zielt auf eine Vereinbarung ab, die die Gewinne zwischen beiden Bevölkerungsgruppen aufteilen soll. Eroglu bat Ban Ki Moon ein Treuhandkonto einzurichten, auf dem die Gewinne aus dem Gasgeschäft eingezahlt

werden sollten, um zur Finanzierung einer zukünftigen föderalen Lösung des Zypernproblems verwendet zu werden.

Um die Wasserknappheit im Norden zu verringern, plant die Türkei einen Damm und eine 107 km lange Unterwasserpipeline zwischen der Südküste der Türkei und einem zukünftigen Stausee bei Gecitkoy. Mit Hilfe der Pipeline können bis zu 75 Millionen Kubikmeter Wasser jährlich nach Nordzypern gebracht werden. Das Projekt beläuft sich auf eine Summe von 700 Millionen US Dollar und soll ab März 2014 in Betrieb sein.

Innenpolitische Entwicklungen

Ein Skandal innerhalb der Kommission für den öffentlichen Dienst, die für die Einstellung der Angestellten des öffentlichen Dienstes verantwortlich ist, unterstrich das notorische Korruptionsproblem auf der höchsten Verwaltungsebene. Zudem birgt der Skandal das Potential, die politische Karriere von Präsident Dervish Eroglu schwer zu beschädigen.

Am 21. September veröffentlichte die linksgerichtete Tageszeitung `Afrika` ein Dokument, dass die gefälschte Unterschrift von Premierminister Irsen Kucuk beinhaltet. Kucuk leitete die Angelegenheit an den Generalstaatsanwalt weiter. Dies führte zu einer polizeilichen Untersuchung, in deren Verlauf der ehemalige Staatssekretär und derzeitiges Mitglied der Kommission für den öffentlichen Dienst, Mustafa Tanju Tokay, sowie der Direktor der Prüfungsbehörde für die Kommission, Emir

Husyin, festgenommen wurden. Bei Tokey handelt es sich um ein von der Regierung ernanntes Mitglied der Kommission, der eng mit Präsident Eroglu verbunden ist, was wiederum zu Spekulationen im Zusammenhang mit Eroglu's möglicher Rolle in dem Fälschungsskandal führte.

Es gibt Spekulationen, nach denen der Zeitpunkt der Aufdeckung des Skandals nicht ganz zufällig gewesen zu sein scheint, da die Anschuldigungen offensichtlich dazu dienen sollte, Premierminister Kucuk's Position im Rennen um den Parteivorsitz der National Unity Party im Oktober zu stärken. Obwohl sein Rivale Ahmet Kasif nicht im Zusammenhang mit dem Skandal genannt wurde, kann sich dessen Verbindung zu Eroglu als belastend auswirken. Die Enthüllungen wurden öffentlich während Eroglu an dem Treffen der UN Generalversammlung in New York teilnahm.

Im September nahm Kucuk eine Kabinetts-umbildung vor, die dazu führte, dass alle Mitglieder, die in Verbindung mit Eroglu standen, entfernt wurden. Unter ihnen waren auch der bisherige Gesundheitsminister Kasif und der ehemalige Bildungsminister Kemal Durust. Das Rücktrittsgesuch von Wirtschaftsminister Sunat Atun wurde von Kucuk im Hinblick auf den im Oktober fälligen Wirtschaftsplan abgelehnt.

Im September verursachte die Eröffnung einer Religionsschule eine heftige Kontroverse. Die Religionsschule ist Teil einer neu eingerichteten Theologischen Fakultät an der Near East University. Sämtliche Lehrer dieser neuen Religionsschule kommen aus der Türkei. Kritikern zufolge

ist die Gründung einer Religionsschule im Norden durch Gesetze untersagt und somit illegal. Der Lehrplan konzentriert sich auf religiöse Unterweisung, Koranstudien und Arabischunterricht. Die regierende National Unity Party (NUP) steht in enger Verbindung mit der AKP. Der Führer der Oppositionspartei Republican Turkish Party (CTP) Özkan Yorgancıoğlu, beschuldigt die Türkei, ihren konservativen Einfluss im Norden Zyperns festigen zu wollen mit dem Hinweis auf Tayyip Erdoğan's Aussage, dass er die Religiosität innerhalb der Bevölkerung stärken wolle.

Impressum:

Friedrich Ebert Stiftung (FES)

Büro Zypern
Stasandrou Str. 20, Apt. 401
CY 1060 Nicosia

Tel. +357 22 377 336
Email: fescyprus@cytanet.com.cy

Text:

Hubert Faustmann, Erol Kaymak und Yiannis Charalambous und Ute Ackermann Boeros

Übersetzung:

Ute Ackermann Boeros und Hubert Faustmann

Layout:

Christiane Paparoditi

Wenn Sie diesen (kostenlosen) Newsletter abonnieren oder abbestellen möchten, senden Sie bitte eine E-mail an:
Christiane Paparoditi fespaparoditi@gmail.com

6. FES Zypern Veranstaltungen

UNDP/USAID/FES/CYINDEP/World Vision/EU

The Power of One.

Citizens led-Innovation and Social Change Practices during Periods of Transition

9. – 11. Oktober 2012

9. Oktober: 9.00-22.00 Uhr

10. Oktober: 9.00-18.00 Uhr

11. Oktober: 9.00-19.30 Uhr

UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Nicht-öffentliche Veranstaltung

Post RI/DZF/FES

Reflections of Past Trauma through Textbooks: Experience of the Cyprus History Textbooks and Peace Education

26. – 27. Oktober 2012

26. Oktober: 16.00 - 20.00 Uhr

27. Oktober: 10.00 - 16.00 Uhr

Goethe Institut, UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung

PRIO/FES

Good Governance in Cyprus and the Region

26. – 27. Oktober 2012

26. Oktober: 9.30 - 18.00 Uhr

27. Oktober: 9.30 - 18.30 Uhr

Home for Cooperation (H4C), UN Pufferzone

Nikosia, Zypern

Öffentliche Veranstaltung